

(A)

Aufenthaltsdauer seit der letzten Einreise	Anzahl der aufhält- tigen Ausländer mit einer Duldung	davon Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren
bis 2 Jahre	62.596	19.960
3 bis 4 Jahre	73.671	19.967
5 bis 6 Jahre	19.919	5.950
7 bis 8 Jahre	7.229	1.967
9 bis 10 Jahre	3.106	976
mehr als 10 Jahre	15.456	1.974
nicht berechenbar	192	76
Gesamt	182.169	50.870

**Frage 70**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs **Stephan Mayer** auf die Frage  
des Abgeordneten **Ulla Jelpke** (DIE LINKE):

Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung bei der Verlängerung der Frist für eine Überstellung nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Dublin-Verordnung von sechs auf 18 Monate, wenn die betreffende Person flüchtig ist, um einen Verwaltungsakt, gegen den rechtliche Mittel eingelegt werden können (bitte vor dem Hintergrund der Rechtslage nachvollziehbar begründen und dabei Angaben zur derzeitigen Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Zusammenwirken mit den Ausländerbehörden machen), und wie können Betroffene in Erfahrung bringen und gerichtlich überprüfen lassen, ob in ihrem Fall behördlicherseits zu Recht von einer Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate ausgegangen wird, wenn sie hierüber nicht (schriftlich) informiert werden und keine Begründung erhalten (bitte begründen und dabei ebenfalls Angaben zur derzeitigen Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Zusammenwirken mit den Ausländerbehörden machen)?

Bei der Verlängerung der Überstellungsfrist handelt es sich nicht um einen Verwaltungsakt im Sinne des § 35 Satz 1 VwVfG, der gegenüber dem Betroffenen nach § 41 Absatz 1 Satz 1 VwVfG bekannt zu geben ist.

Die Verlängerung der Überstellungsfrist richtet sich nach der Dublin-III-VO und der Dublin-Durchführungsverordnung. Weder aus Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 Dublin-III-VO noch aus Artikel 9 Absatz 2 Satz 1 Dublin-Durchführungsverordnung ergibt sich, dass die Verlängerung der Überstellungsfrist gegenüber dem Betroffenen bekannt zu geben ist. In Abschnitt IV der Dublin-III-VO (Verfahrensgarantien) ist in Artikel 26 Absatz 1 Satz 1 Dublin-III-VO nur vorgesehen, dass die betreffende Person von der Überstellungsentscheidung und gegebenenfalls von der Entscheidung, den Antrag auf internationalen Schutz nicht zu prüfen, in Kenntnis zu setzen ist. Außerdem heißt es in Artikel 9 Absatz 2 Dublin-Durchführungsverordnung explizit, dass die Unterrichtung über die die Fristverlängerung rechtfertigenden Umstände gegenüber dem zuständigen Mitgliedstaat zu erfolgen hat (VG Hamburg, Beschluss vom 22. Juni 2018, AZ AE 3009/18). Die Verlängerung der Überstellungsfrist muss innerhalb der sechsmonatigen Überstellungsfrist dem zuständigen Mitgliedstaat mitgeteilt werden. Hierbei bedarf es keiner ergänzenden „Verlängerungsentscheidung“ des BAMF oder eines

„Einvernehmens“ mit dem zuständigen Mitgliedstaat (C) (vergleiche VG Potsdam, Beschluss vom 25. Juli 2018, 2 L 364/18.A).

Dem Betroffenen stehen Rechtsbehelfe zur gerichtlichen Überprüfung der Abschiebeanordnung (sogenannter Dublin-Bescheid) einschließlich der einschlägigen Verfahrensrechte zur Verfügung. Dabei wird inzident auch die Verlängerung der Überstellungsfrist geprüft.

**Frage 71**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs **Stephan Mayer** auf die Frage  
des Abgeordneten **Dr. André Hahn** (DIE LINKE):

Warum sind nach Auffassung der Bundesregierung beamtete Staatssekretäre nicht vergleichbaren Regelungen unterworfen, wie sie im Bundesministergesetz gegeben sind (Untersagungsgründe: Tätigwerden in Angelegenheiten oder Bereichen, die zuvor ausgeübt wurden, sowie Beeinträchtigung der Integrität des Regierungshandelns), und sieht die Bundesregierung angesichts des aktuellen Vorgangs mit Blick auf die meines Erachtens anzunehmende „Gefährdung des Staatswohls“ bzw. der enormen Brisanz der vormaligen Tätigkeit von Klaus-Dieter Fritsche das Bestehen einer Gesetzeslücke, die geschlossen werden müsste?

Beamtete Staatssekretäre unterfallen im Hinblick auf Untersagungsgründe für Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes wie alle Beamtinnen und Beamte den Vorschriften zur Ausübung von Nebentätigkeiten nach den §§ 97 ff. Bundesbeamtengesetz (BBG).

(D) Nach Beendigung des Beamtenverhältnisses verpflichtet § 105 BBG dazu, eine Erwerbstätigkeit oder sonstige Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes, die mit ihrer dienstlichen Tätigkeit in den letzten fünf Jahren vor Beendigung des Beamtenverhältnisses im Zusammenhang steht und durch die dienstliche Interessen beeinträchtigt werden können, vor ihrer Aufnahme zunächst schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Kommt der Dienstherr zu der Ansicht, dass dienstliche Interessen beeinträchtigt werden, ist er verpflichtet, die Tätigkeit zu untersagen.

Die Anzeigepflicht endet fünf Jahre nach Beendigung des Beamtenverhältnisses bzw. nach drei Jahren, wenn die Beamtinnen und Beamten mit Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand treten.

Eine Gesetzeslücke besteht daher nicht.

**Frage 72**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs **Stephan Mayer** auf die Frage  
des Abgeordneten **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Plant die Bundesregierung, für die anstehende Wohngeldnovelle die angedachte Klimakomponente für energieeffizienten Wohnraum (Bundestagsdrucksache 18/13120) einzuführen, und greift sie dafür auf den seit Mai 2014 für vermietete und verkaufte Wohngebäude verpflichtenden Energieausweis zurück?